

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Kupferdruck der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Donnerstag 4-6 Uhr.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 9 Uhr.
In den Filialen für Zus. Anzeigen:
Otto Krumm, Universitätsstr. 22,
Leipzig, Kothlitzstr. 18, p.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anlage 15.250.
Abonnementspreis vierteljährlich 1 1/2 Mk.,
incl. Postgebühren 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postförderung 36 Pf.,
mit Postförderung 45 Pf.
Jahrespreis 5 Mk. 50 Pf. Postgebühren 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarischer
Bogen nach üblichem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionspreis
die Spalte 40 Pf.
Anzeigen sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro anno am 1. October
oder durch Postwechsel.

Nr. 25.

Freitag den 25. Januar 1878.

72. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Denjenigen Grundstücksbesitzern bey Garteninhabern, welche ihre Bäume, Sträucher, Hecken u. dgl. nicht oder nicht genügend haben von Raupen säubern lassen, wird hierdurch unter Hinweis auf die Bestimmung in §. 308, 2 des Strafgesetzbuchs bei Vermeidung von Geldstrafe bis zu sechszig Mark oder entsprechender Haft aufgegeben, ungehindert und längstens bis Ende Februar dieses Jahres gehörig raschen sowie die Raupenweber vertilgen zu lassen.
Leipzig, am 19. Januar 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Reichel.

Holz-Auction.

Mittwoch, den 30. Januar a. c. sollen von Vormittags 9 Uhr im Forstreviere Connewitz auf dem Holzschlage am Rödelwehre, Abth. 33, 35 und 36
ca. 3 Raummeter eichene Kuchschette,
168 Raummeter eichene Brennshette,
100 harte Abraumhauen und
38 Hauen Schlagreichig (Banghauen)
unter den an Ort und Stelle öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Reichsbietenden verkauft werden.
Zusammenkunft: am Rödelwehre unweit des Schleusiger Weges.
Leipzig, am 14. Januar 1878.

Des Raths Justiz-Deputation.

Holz-Auction.

Montag, den 4. Februar a. c. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Burgau auf den neuen Schirfländen am Leusch-Bahrener Fahrweg, in der Nähe der Kluthrinne
circa 500 Wurzelhauen (klar gemachte Strohholz)
unter den an Ort und Stelle öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Reichsbietenden verkauft werden.
Zusammenkunft an der Leusch-Bahrener Brücke.
Leipzig, am 23. Januar 1878.

Des Raths Justiz-Deputation.

Leipzig, 24. Januar.

Noch immer keine sicheren Nachrichten über die russischen Waffenstillstands- und Friedensbedingungen! Und ebenso wenig weiß man Genaues zu berichten über eine etwa bestehende Absicht Russlands, Konstantinopel zu besetzen, und über die Haltung, die England für diesen Fall einzunehmen gedenkt. Es wäre müßig, über diese Ungewissheiten, Wahrscheinlichkeiten und Möglichkeiten, die nur willkürliche Schlüsse und Vermuthungen gestatten, ein Lauges und Breites zu lehrstücken; in solchen Situationen halten wir uns am liebsten an die Worte des bekannten vorsichtigen Politikers: „Wer weiß, was wird!“

Tiefe Pause, die der Besprechung der auswärtigen Politik für den Augenblick aufgelegt ist, wollen wir aber benutzen, um uns ein wenig nach unserer Reichsfrage umzusehen, die freilich auch noch gar sehr der Aufhellung bedarf. Klar ist das Eine, daß eifrig an ihrer Lösung gearbeitet wird, daß die Vorbereitungen zu einer Reorganisation der Reichsbehörden, zur Herstellung einer engeren Fühlung zwischen der preussischen und der Reichsregierung, zwischen Regierung und Parlament in Eile sind. Es liegt in der Natur der Sache, daß diese Reorganisationsarbeit gleichzeitig von zwei Seiten her, sowohl von oben als von unten her, sowohl von der Regierung als von der Volksvertretung aus in Angriff genommen werden muß. Eine parlamentarische Regierung ohne eine feste parlamentarische Mehrheit wäre ein Haus ohne Grund, ein Meer ohne Schiff. Die nationale Presse kann daher nicht eindrucklicher genug auf die Bildung einer solchen Mehrheit hinwirken, wie dies neulich die „Nat.-Z.“ gethan hat. Die verschiedenen Schattierungen der reichsfreundlichen und liberalen Parteien mit ihren fortschrittlichen Ausläufern nach links und ihren freiconservativen nach rechts haben bei aller Verschiedenheit doch wieder so viel Gemeinsames, daß sie ohne große Schwierigkeit zur Einigung über die wesentlichen Fragen der heutigen inneren Politik gelangen und zu einer festen Majorität zusammentreten könnten. Diese würde nur den Rahmen für ein Zusammenhalten im Allgemeinen und in Lebensfragen abgeben, in vielen Einzelheiten aber auch abweichenden Meinungen und Abstimmungen freien Spielraum gewähren. Daß der Ruf nach Bildung einer geschlossenen Reichspartei durch Zusammenfassung aller nationalen, freisinnigen und erhaltenden Kräfte auch außerhalb Preussens getheilt wird, können wir bestätigen, und wir weisen für heute nur auf eine jüngst hier in Leipzig (im Verlage von Otto Wigand) erschienene Flugchrift von V. R. Dredt hin, welche den Titel führt: „Die Parteien im deutschen Reich, was sie sonderbar und was sie einmüthig thun.“ Diese Schrift enthält neben manchem Irrigen und Gewagten viel Beherzigenswerthes und kommt mit ihrem patriotischen Ausrufe zur Einigung gerade im rechten Augenblicke.

Angesichts der wachsenden Anstrengungen aller vorbandenen reichsfreundlichen Elemente hält es der Verfasser der genannten Schrift für geboten, „über die bisherige Gruppierung allmählig wegzuschreiten und auf die Bildung von selbstgefügten, einheitlichen Parteien hinzuwirken, welche alle verwandten nationalen Elemente vereinen und einer constitutionellen Regierung verlässliche Stütze bieten.“ Die Gleichartigkeit der politischen Ziele dabei die bindende Kraft zur festen Begründung der Zusammengehörigkeit dieser Parteien hergeben. Er prüft deshalb die vorhandenen Parteien auf diese Gleichartigkeit hin, und zwar geschieht dies

an dem Gradmesser ihres Verhaltens zur nationalen Idee und zum Reich. Zunächst stellt er nun da die Socialdemokraten und Ultramontanen als internationale Reichsfeinde allen nationalen Parteien gegenüber und dann führt er als nationale Reichsfeinde die nationale Parteiliste der Particularisten auf. Zu diesen zählt er nicht nur die nichtdeutschen beziehungsweise halbdeutschen Polen, Dänen und Wälfen, „sondern auch Welfen, süddeutsche Demokraten und norddeutsche, namentlich altpreussische Reactionäre — Fremde der „Frankfurter-“ und der „Kreuz-Zeitung“ in unnatürlicher Gemeinschaft — welche über 1866 resp. 1871 nicht hinwegkommen.“ Die bayerischen conservativen Reichsfeinde, welche sich (lucus a non lucendo) „Patrioten“ nennen, hat man im ultramontanen Lager zu suchen. Die preussischen Particularisten aber sind meist Hochconservative, welche aus kirchlich-evangelischen oder feudal-agrarischen Beweggründen eine unsympathische Haltung gegen das neue Reich einnehmen.“ Die reichsfreundlichen Parteien theilt Dredt in Regierungsfeinde und Regierungsfreunde ein. Die Ersteren vertritt in seinen Augen die Fortschrittspartei. Die Anderen gliedern sich nach ihm in zwei Hauptabtheilungen, nämlich in die liberale und in die conservative Regierungspartei. Die erste umfaßt die Gruppe Linke und den linken Flügel der Nationalliberalen. Die zweite schließt den rechten Flügel der Nationalliberalen, die Altliberalen, Frei- und Neiconservativen in sich. Genauer genommen, berechnet der Verfasser die liberale und conservative Regierungspartei im Reichstage wie folgt: Anhänger Linke's 10, Nationalliberale 127, Altliberale, respective liberale „Wilde“ 4, Freiconservative 38, Deutschconservative, welche aufrichtig um deutschen Reiches stehen, mindestens die Hälfte ihrer Fraktionsgenossen, d. i. 20 Mitglieder — Summa 199 Stimmen. In dieser Gesamtsumme findet der Verfasser die conservativ-liberale Mehrheit, welche die Stütze der Politik des Reichskanzlers bilden soll, im gegenwärtigen Reichstage die absolute Mehrheit umfaßt und aus der er das Ideal seiner Neubildung, die zwei, nach englischem Muster geschulten, großen conservativ-liberalen Mittelparteien entstehen lassen will, „wovon die eine conservativere, die andere liberalere Neigung hat, ohne daß sie jedoch auf diese an sich leeren Schlagworte schwören.“ Wie auf den Rhythmus der Herzthätigkeit zwei Nervenzentren wirken: ein treibendes, beschleunigendes und ein zurückhaltendes, verlangsamendes, die sich gegenseitig bedingen und ergänzen, so muß es auch mit den Parteien bestellt sein, welche die Herzthätigkeit des Staatsorganismus zu reguliren haben.“ Der Fortschrittspartei wirft er theoretische Principienreiterei vor und den Deutsch-Conservativen unbedachtigte Verungung politischer Grundsätze mit agrarischen und kirchlichen Interessen. Uebrigens will er die Fortschrittspartei, obgleich er deren stetigen Rückgang nicht übersehen, nicht ganz missen. Als „allgerneueste Opposition“ in englischer Weise bleibt sie ihm für ruhige Zeiten sogar voller Werth. Den Deutsch-Conservativen aber will er eine ähnliche Existenz im entgegengekehrten Sinne nicht gestatten. Sie sind das eigentliche Hinderniß für die von ihm gewünschte Parteinewildung, „sie binden reichs- und regierungstreue Elemente, die den Freiconservativen verwandt sind, an Affilirte der Particularisten, wenn nicht des Centrums.“

Nach dieser Darstellung würde also die Fortschrittspartei außerhalb der neuen Combination bleiben, während die deutschconservative Partei gesprengt und ein nationalgefunter Bruchtheil derselben zur neuen Reichspartei hinübergezogen würde.

Es wird sich wohl noch Gelegenheit finden, auf diese Anregungen zurückzukommen.

Eine soeben in München erschienene Schrift unter dem Titel „Graf Andrassy auf der Anklagebank der Delegationen und noch etwas mehr Licht über die letzten 18 Monate österreichischer Orientpolitik“ übernimmt die Rechtfertigung der Politik des Grafen Andrassy und kommt dabei auf die Haltung der deutschen Politik gegenüber Oesterreich und Italien in folgenden Enthüllungen zu sprechen:

Die „Neue Freie Presse“ brachte vor Kurzem einen etwas „indiscreten“ Bericht über die Kuffschlässe, welche Graf Andrassy im Budgetauschuss der österreichischen Delegation gegeben hat, welche jedoch das strengste Stillschweigen gebietet haben sollte. Die Officiosen fielen mit ungeheurer Entrüstung über diesen „Vertrauensbruch“ her. Wir wollen weder diese Herren noch das „Weltblatt“ in Schutz nehmen und nur so viel sagen, daß der Bericht der „Neuen Freien Presse“, so weit er die Beziehungen zu Italien behandelt, den uns bekannten Thatsachen vollkommen entspricht. Wir sind von einer anderen nicht officiös österreichischen, aber höchst verlässlichen und aufs Genaueste unterrichteten Seite in den Stand gesetzt, das, was Graf Andrassy im Delegationsauschusse gesagt oder nicht gesagt haben soll, zu ergänzen und weiter auszuführen: die Abwehr der italienischen Annexionistenpartei von Seiten Oesterreichs findet in Berlin volle Billigung und Zustimmung. Wiederholt, besonders nachdrücklich aber zu Anfang Herbst v. J., ließ Fürst Bismarck das Cabinet Melegari-Ricotera, mit dem er eigentlich niemals so ganz zufrieden war, warnen, die Agitation, welche die Annexion des Trentino und Triests sich zur Aufgabe gestellt hat, ja nicht zu begünstigen, da es sich sonst Verlegenheiten bereiten möchte, welche das deutsche Reich zu verbernen nicht im Stande wäre. Denn niemals würde es legeres gutheissen oder gar dazu behilflich sein, daß gewisse früher zum ehemaligen deutschen Bunde gehörige Länder und Theile Oesterreichs von Italien beansprucht und seinem Geleise einverleibt werden sollten. Der Bismarck, daß ein großer Theil dieser Gebiete italienisch spreche und dem Anblick aus das Königreich geneigt wäre, könne nicht als schicksalhaft befaßend werden. Herr v. Ruedell war beauftragt, auf die Sprachverchiedenheit der polnischen Provinzen Preussens hinzuweisen und zu betonen, daß das deutsche Reich niemals diese Theile herausgeben würde. — Zu Crispis, dem Ministercandidaten aus Venedig, welcher Fürst Bismarck in Venedig im vorigen Sommer aufsuchte, äußerte sich der Reichskanzler in ähnlichen bestimmten und warnenden Worten. „Die Verhältnisse liegen heute nicht mehr so wie im Jahre 1866, damals sei Preußen im Interesse seiner Selbsterhaltung gezwungen gewesen, ein Bündniß mit einer auswärtigen Macht gegen Oesterreich einzugehen. Väterlich, die damalige Präsidialmacht in Deutschland, würde dasselbe gethan haben, wenn Napoleon III. zugänglich gewesen wäre. An Verjuden habe es gewiß nicht gefehlt, selbst bekannte damalige mittelitalienische deutsche Väter haben sich nicht gehesert, französische Hilfe anzurufen, was ihre Souveräne freilich mit großen Kriegskontributionen bezahlen mußten. Jetzt aber wäre ein Bündniß mit einer ausländischen Macht, zur Befestigung der acht Millionen Deutsche jährenden österreichischen Monarchie, ihm auch dann nicht mehr möglich, wenn er selbst hierzu geneigt wäre; denn nimmermehr würde das nationale Gefühl, der deutsche Nationalstolz, dies zugeben, ausgenommen etwa in dem sehr unwahrscheinlichen Falle, wenn die jesuitische Revandepartei in Wien aus Ruder gelangen und das deutsche Reich in der Absicht mit Krieg überziehen würde, um die Schöpfung des Jahres 1871 zu vernichten und die ultramontane Oberhoheit über ganz Deutschland wieder herzustellen. Solches möge zwar in den Wünschen mancher Leute in Oesterreich liegen, aber nicht in ihrer Macht, und würde schon deshalb unmöglich sein, weil, wie er selbst überzeugt sei, die Deutschen in Oesterreich bei einer solchen Politik nicht mitthun und sie bald zum Fall bringen würden. Zwischen dem deutschen Reich und der austro-ungarischen Monarchie, wie sie in den letzten zehn Jahren neu- und umgestaltet worden sei, bestehe eine wahre, auf Interessen-gemeinschaft beruhende Freundschaft, welche mehr gelte und eigentlich längere Dauer verheißt, als die persönliche Freundschaft der Souveräne, welche nicht selten ein Thronwechsel, der Einfluß eines Hofstoffs oder weibliche Intrigen zu erschüttern vermögen. Er (Bismarck) habe da gerade keinen concreten Fall im Auge; er wolle nur an einem abstracten Beispiele nachweisen, wie gut Oesterreich und Deutschland seit mehreren Jahren stehen. Dieser Thatsache werde auch Italien Rechnung tragen und sich die Hoffnung auf Gewinn des Trentino und gar erst Triests aus dem Kopfe schlagen müssen. Eder wäre vielleicht noch Aussicht für die italienischen Patrioten, einmal Savoyen und das Arrondissement de Nice (Nizza) zurückzugewinnen, doch möge in dieser hinweggeführten Bemerkung nicht etwa eine Aufforderung seinerseits erblickt werden, den Wiedergewinn dieser verlorenen italienischen Landesstücke anzustreben. Das ihn (Bismarck) betreffe, lege er auf Erhaltung des Friedens, wenigstens für Deutschland, den größten Werth und das größte Gewicht, und erwürtere Niemanden, seine Hand nach fremdem Besitz auszustrecken. Nicht die barten Kämpfe auf dem Balkan noch die Wetten Mac Mahons und seiner Minister seien es, die ihm, was leider so oft der Fall sei, schlaflose Nächte bereiteten, obwohl er gestehen müsse, daß letztere Kämpfe, hinter welchen er die Hand des Paticans und der Jesuiten gewahre, ihn näher betrübten als die Kämpfe um Plenna.“

Ueber die Ausgleichsverhandlungen und ihre Beurtheilung durch Fürst Bismarck weiß die Brochure die folgenden, vor einigen Monaten in Paris gefallenen Aeußerungen mitzutheilen. Der Reichskanzler habe gesagt:

„Er halte Oesterreich nach außen für kräftiger und einflußreicher, als es seit Metternich's Zeiten gewesen sei, und sei aufrichtig betrieblig davon, weil diese Monarchie durch ihre geographische Lage, dadurch, daß sie mit einem Arme gleichsam in die Barbarei, mit dem andern in die höchste Civilisation hineinreiche, als Bindeglied zwischen Ost und West wie zwischen Nord und Süd von größter europäischer Wichtigkeit sei und noch manche civilisatorische Aufgaben und Culturmissionen zu erfüllen habe. Aber gerade weil Deutschland interessirt sei, daß Oesterreich-Ungarn diesen Aufgaben, wenn sie herantreten, gewachsen sei, erfülle es ihn mit einer gewissen Besorgnis und Unruhe, daß der fortwährende innere Hieselhalt und die ewigen Ausgleichsdebatten und Streitigkeiten die besten Kräfte des Staates lähmen und aufheben. Die stete Wiederkehr dieser Krisen und die traurige Ueberzeugung, daß es mit dem ersten und auch mit dem zweiten, ja vielleicht auch mit dem dritten Ausgleich noch nicht abgethan sei und daß man nach einem gewissen Zeitraume wieder von vorn anfangen, wieder mit einander ringen, Gladiatorenkämpfe führen, und was noch mehr ist, gleich Schachern spielen feilschen und mäkeln müsse, sei die bedenklichste Erscheinung im befreundeten Kaiserthume. Das komme ihm vor wie ein schleichendes Fieber, welches, wenn es nicht nach dem ersten und zweiten Symptomen radical curirt wird, lebensgefährlich werden kann, indem es die besten, gesunden Kräfte absorbiert. Wäre er ein Katholik Er. Majestät des Kaisers von Oesterreich, so würde er denselben rathen: Majestät, appelliren Sie an Ihre Väter dies- und jenseits der Leitha; was den Parlamenten allzu schwer gelangt, wird Ihnen ein Verdict sein. Machen Sie die Lösung der Differenzen zwischen der Ost- und Westhälfte Ihres Reiches zu einer Majestätssache und ich garantiere Ihnen, der Ausgleich ist binnen zwei Wochen für und fertig.“

Der Verfasser scheint seine Quelle auf den Grafen Andrassy zurückzuführen, dem Fürst Bismarck bei seinem Zusammenreffen einige Tage nach der Unterredung mit Crispis in Gastein wohl Mittheilung von dem Verhandlungen gemacht hat. Einzelne Bemerkungen erscheinen sehr wahrscheinlich, andere ebenso unwahrscheinlich. Die „Nat.-Ztg.“ kann den Bericht authentisch dahin ergänzen, daß der Reichskanzler nach der Zusammenkunft mit Crispis einem Politiker mit Bezug darauf erklärte: „Mit Italien sehen wir sehr gut.“ Daß Victor Emanuel stets mit dem Gedanken umging, die italienische Waffenheere bedürfe einer Rettung, wurde jüngst vielfach hervorgehoben. Daß wäghigende Worte nach jener Seite gefallen sind, ist daher an sich keineswegs unwahrscheinlich.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 24. Januar.

Der deutsche Kronprinz hatte bereits vor der Eideleistung des Königs Humbert Rom zu verlassen beabsichtigt, um bei dem Ordensfest in Berlin gegenwärtig zu sein; aber in Folge der eindringlichen Bitten des Königs willigte der Kronprinz ein, seine Abreise zu verschieben. Als der Kronprinz dem König seine Abreise angekündigt hatte, bat ihn dieser recht sehr, zu bleiben; aber der Kronprinz hatte von seinem kaiserlichen Vater gemessenen Befehl erhalten, an jenem bestimmten Tage wieder in Berlin zurück zu sein. Auf diese Ankündigung hin sagte der König zu dem Kronprinzen: „Telegraphiren Sie an den Kaiser, daß ich Sie gebeten habe, hier zu bleiben, um dem Augenblicke anzuwohnen, in welchem ich den Schwur leisten werde. Es ist die erste Wunsch, um welche ich ihn bitte. Bleiben Sie hier, Ihre Anwesenheit wird mir Glück bringen.“ Der Kronprinz telegraphirte darauf und da er eine zusage Antwort erhielt, so blieb er und wohnte der Königshuldigung bei.

Zur Kanzlerkrise schreibt man der „Köln. Ztg.“: Wie aus den officiösen Aeußerungen über die innere Frage zu schließen, hat es den Anschein, als ob der nächste Reichstag denn doch nicht auf das ziemlich enge Programm beschränkt bleiben sollte, das ihm vor einigen Tagen von der „Nordd. Allg. Ztg.“ zugewiesen war. Es handelt sich um die Reichskammer. Der Gedanke, daß eine Verantwortung nicht allein bei dem Reichskanzler verbleiben, sondern für alle persönlichen Handlungen der neuen Reichs-Minister Platz greifen soll, erhält officiös Zustimmung. Ein Artikel der „National-Zeitung“ vom Sonntag bemerkte, daß, wie der Kaiser zweifellos neue Reichskammer errichten und diese mit preussischen Ministern besetzen könne, es für die letzteren nur der freien Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler bedürfe, um ihre Kammer im Reich mit derselben Verantwortlichkeit wie im preussischen Ministerium auszuüben. Auch dies sollte, wie es scheint, vor Allem die moralische und politische Verantwortung ambedeuten. Was dann in jenem Artikel weiterhin von etwaigen neuen Bestimmungen über die Contrasignatur gesagt wird, für deren Verrichtung nur vierzehn Stimmen des